

## Bund soll bei Frauenquote vorangehen

**Berlin.** Großunternehmen mit Bundesbeteiligung sollen nach den Vorstellungen von Familienministerin Kristina Schröder (CDU) bei der Frauenförderung vorangehen – und zwar ab 2013. Dies sieht ein von Schröder erarbeiteter Gesetzentwurf zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern vor. Darin ist für Unternehmen mit mindestens 25 Prozent Beteiligung des Bundes vorgesehen, dass Frauen in Vorstand und Aufsichtsrat zu einem jeweils individuell festgesetzten Anteil – der sogenannten Flexiquote – vom 1. Januar 2013 an vertreten sein müssen. dpa

### KURZ NOTIERT

#### EU-Kommission will Fischer ködern

**Brüssel.** Die EU-Kommission will Fischer dafür bezahlen, weniger Fisch zu fangen. 6,5 Milliarden Euro sollen in der nächsten Haushaltsperiode von 2014 bis 2020 vor allem in eine umweltfreundlichere Fischerei fließen. Die Bestände in Gewässern um Europa gelten als stark überfischt. Umweltverbände sehen die Vorschläge kritisch. Europaparlament und EU-Länder müssen die Pläne billigen. dpa

#### Postbank: Streik trifft auch Filialen

**Köln.** Kunden der Postbank könnten in der kommenden Woche vor geschlossenen Schaltern stehen: Die Gewerkschaft ver.di will ihre Warnstreiks auf die Filialen ausweiten. Von Montag an würden Filialen in die Protestaktionen mit einbezogen, kündigte ver.di-Chef Frank Bsirske gestern bei einer großen Kundgebung in Köln an. Auch Postkunden könnten betroffen sein. dpa

#### Internet-Riese Google attackiert Amazon

**New York.** Dem weltgrößten Onlinehändler Amazon droht scharfe Konkurrenz ausgerechnet vom nimmermüden Internetkonzern Google. Nach US-Medienberichten ist Google in Gesprächen mit namhaften Einzelhändlern, um gemeinsam einen Lieferservice aufzuziehen, der für eine geringe Gebühr innerhalb eines Tages die im Web bestellten Waren an die Kunden bringt. dpa

### GESCHÄFTSWELT

Mit einem Spaß- und Infoprogramm feiern die **Schmidt&Hoffmann-Autohäuser** in Kiel (Königsweg) und Neumünster (Altonaer Straße) heute die Markteinführung des neuen VW up! Von 9 bis 16 Uhr können sich Besucher etwa in einer Greenbox mit dem Kleinsten von Volkswagen vor dem Eifelturm, den Pyramiden, auf der Route 66 oder an anderen berühmten Orten der Welt ablichten lassen. Ein Höhepunkt ist jeweils die Übergabe des ersten up! in Kiel und Neumünster: Die Gewinner von Verlosungsaktionen in Cittipark und Freescenter dürfen den Wagen sechs Wochen lang kostenlos fahren. met

# Glücksspielgesetz mit Risiko

Wissenschaftlicher Dienst äußert verfassungsrechtliche Bedenken gegen geplante Abgabe

**Kiel.** Das schwarz-gelbe Glücksspielgesetz steht offenbar auf tönernen Füßen. In einem gestern vorgelegten Gutachten äußert der wissenschaftliche Dienst des Landtages erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken. Es sei „äußerst zweifelhaft“, ob die Glücksspielabgabe einer gerichtlichen Überprüfung standhält.

Von Bodo Stade

Die Expertise, die im Auftrag der Grünen angefertigt wurde, umfasst gerade einmal 23 Seiten. Doch die Kritik der Parlaments-Juristen wiegt schwer im Landeshaus – und kommt für die schwarz-gelbe Koalition zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt. Wie berichtet hat sich Schleswig-Holstein mit seinem Glücksspielgesetz gegen die anderen 15 Bundesländer gestellt. CDU und FDP verteidigten diese Haltung bisher damit, dass nur die schleswig-holsteinische Regelung mit dem Europarecht konform sei.

Zwei Wochen, bevor sich die Ministerpräsidenten in Berlin erneut mit dem Thema beschäftigen, legt das Gutachten nun ausgerechnet im Kieler Gesetz einen möglichen Webfehler frei.

Im Kern geht es um die Frage, ob es sich bei der sogenannten Glücksspielabgabe, die von Wett-Anbietern und Online-Casinos erhoben wird, tatsächlich um eine zulässige Sonderabgabe handelt. Das Bundesverfassungsgericht hat dafür strenge Anforderungen formuliert, die nach Ansicht des wissenschaftlichen Dienstes allerdings nicht erfüllt werden. Die Juristen

kommen in ihrem Gutachten vielmehr zu dem Ergebnis, dass die Glücksspielabgabe „ihrer Ausgestaltung nach als spezielle Verkehrssteuer einzuordnen ist“.

Der Unterschied ist von Bedeutung. Das Land hat zwar die Kompetenz, eine solche Steuer zu erheben. Anders als bei einer Abgabe fließen die Einnahmen aus Steuern aber voll in den Länderfinanzausgleich. Die von Finanzminister Rainer Wiegand bereits eingeplanten Mehreinnahmen von 35 Millionen Euro im Jahr „entpuppen sich damit als Luftnummer“, kritisierte die finanzpolitische Sprecherin der Grünen, Monika Heinold. Das neue Glücksspielgesetz sei „gescheitert, bevor es in Kraft getreten ist“.

Die Konsequenzen liegen für Heinold auf der Hand: „CDU und FDP müssen die

Notbremse ziehen, bevor Schleswig-Holstein eine rechtliche Schlappe erleidet.“ Die Koalition habe offenbar vorgehabt, die anderen Bundesländer auszutricksen und die Einnahmen am Länderfinanzausgleich zu verbuchen. „Da werden die anderen Bundesländer nicht tatenlos zuschauen.“ Die Abgeordnete geht deshalb davon aus, dass es zu einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht kommen wird.

Die Regierungsfractionen gaben sich gelassen. Es sei nicht neu, dass es auch andere Rechtsauffassungen gebe, sagte der CDU-Abgeordnete Hans-Jörn Arp. „Wir haben alle Argumente sorgfältig geprüft und abgewogen und sind sicher, dass unser Gesetz trägt.“ Ähnlich äußerte sich die FDP-Abgeordnete Katha-

rina Loedige: „Wir sehen etwaige Überprüfungen durch die Verfassungsgerichte entspannt entgegen.“ Beide betonten, dass eine einheitliche Glücksspielsteuer der bessere Weg wäre. Er sei jedoch verbaut, solange die anderen 15 Bundesländer „einen zweifelsfrei europarechtswidrigen Weg beschreiten“.

Ganz anders der SSW-Abgeordnete Lars Harms: Er forderte die Landesregierung auf, „ihren missratenen Gesetzentwurf so schnell wie möglich wieder einzustampfen und sich endlich einem Staatsvertrag mit den anderen Ländern zu öffnen“.

Das Gutachten wird am kommenden Donnerstag auch Thema im Finanzausschuss sein. Auf Antrag der Grünen soll dann die Landesregierung eine rechtliche Stellungnahme abgeben.



In vielen Ländern Asiens (hier Näherinnen in Indien) arbeiten Frauen in Textilfabriken unter schwierigen Bedingungen. Fotos Bellach

## 14-Stunden-Tage – und der Lohn reicht kaum zum Leben

Zwei Frauen aus Hongkong berichten über chinesische Textilfabriken

Von Kristina Bellach

**Kiel.** Mit gebeugten Köpfen sitzen die Näherinnen dicht an dicht in der großen Fabrikhalle. Eine Pause erlauben sie sich kaum, denn die Kleidung, die sie anfertigen, wird per Stück bezahlt. Ihr Arbeitstag hat 14 bis 16 Stunden.

Wenn Rena Lau und May Wong, zwei Aktivistinnen aus Hongkong, die von der CCC (Clean Clothes Campaign) Aktivgruppe Kiel zu einem Diskussionsabend eingeladen wurden, die fertigen Kleidungsstücke zu relativ hohen Preisen in deutschen Geschäften wiedersehen, macht sich ein un gutes Gefühl breit: Das Wissen um die beschämenden Arbeitsbedingungen zu Hungerlöhnen macht sie wütend.

Insgesamt arbeiten 200 Millionen Chinesen in sogenannten EPZs – Zonen, die die Regierung extra dafür eingerichtet hat, um ausländische Investoren anzuziehen. Und viele derjenigen dort, die zu minimalen Löhnen Kleidung fertigen, sind in acht von zehn Fällen Frauen. Die meisten von ihnen besitzen nicht einmal einen Arbeitsvertrag, berichten Rena Lau und May Wong. Fabrikbesitzer stellten lieber weibliche Bewerber ein – wegen ihrer zierlichen Finger, ihrer zügigen Arbeitsweise und ihrem Ruf, gehorsam und leicht kontrollierbar zu sein. Auch seien die Frauen verbalen und sexuellen Über-



May Wong (re.) und Rena Lau (m) mit Lars Stubbe vom Inkonta Netzwerk berichteten auf Einladung der CCC (Clean Clothes Campaign) Gruppe Kiel.

griffen ausgesetzt. Und finanziell sehe es nicht gut aus: Zwei Drittel des Geldes müssen sie in Überstunden dazuverdienen. Selbst der höchste Mindestlohn, der in der Provinz Guangdong bei 1300 Renminbi (RMB), umgerechnet etwa 150 Euro, pro Monat liegt, ist nach Berechnungen der beiden Aktivistinnen viel zu niedrig. „1870 RMB, also 220 Euro, muss man für den monatlichen Bedarf rechnen“, erklärt May Wong.

Um die Arbeit auf 48 Wochenstunden herunterzuschrauben und zu garantieren, dass der Lebensunterhalt der Arbeiterinnen damit gedeckt ist, setzen Wong und Lau sich für einen „asiatischen Existenzlohn“ ein, der nicht nur für China, sondern auf umgerechnetem Niveau auch für Länder wie Indien, Bangladesch, Kambodscha oder Sri Lanka gilt. „Aber der

Existenzlohn soll nur ein Hilfsmittel sein“, erklärt Wong. „Dass die Arbeiterinnen wirklich selbst handeln können, kann nur garantiert werden, wenn ihnen zugestanden wird, Gewerkschaften zu bilden und sie anerkannter Verhandlungspartner sind.“

Wenn man bedenke, dass pro Kleidungsstück nur ein Prozent des Verkaufspreises, als Lohn an die zurückgeht, die es hergestellt haben, gebe es großen Handlungsspielraum. Dringend müssten die Firmen, die ihre Kleidung in Asien herstellen lassen, ihre Preispolitik überdenken, fordert Wong. Der Kunde als Endverbraucher könne jedoch eines machen: Sich gründlich auf den Homepages der einzelnen Firmen oder bei Interessenvertretern wie der „Fair Wear Foundation“ informieren.

## Neuer Anlauf für mehr Qualität

IHK und Branchenverband starten Initiative zur besseren Ausbildung in Gastronomie, Hotellerie und Tourismus

Von Sven Hornung

**Kiel.** Schlechte Bezahlung, unregelmäßige Arbeitszeiten, Überstunden – der Ausbildung im Gastgewerbe eilt traditionell ein schlechter Ruf voraus. Doch das soll sich jetzt ändern. Die IHK und DEHOGA Schleswig-Holstein starteten gestern die Qualitätsinitiative für eine permanente Verbesserung der Ausbildungsqualität.

Als Marco Steinberg, stellvertretender Direktor des Kieler Atlantic Hotels, die freiwillige Selbstverpflichtung als erstes unterzeichnet, weiß noch keiner der Anwesenden so genau, wie viele

weitere Ausbildungsbetriebe sich an der Kampagne beteiligen werden. „Das kann ich nicht sagen“, meint Hans Joachim Beckers, Geschäftsleiter der IHK zu Kiel. Er hofft, dass die breite Masse der Unternehmen die Qualitätsinitiative als Chance wahrnehmen wird. Denn das Image der Branche sei „verbesserungswürdig“.

Im vergangenen Jahr konnten landesweit etwa die Hälfte der rund 1240 Betriebe in Gastronomie, Hotellerie und Tourismus ihre angebotenen Ausbildungsplätze nicht besetzen. Eine Problematik, mit der sich das Atlantic Hotel, so Steinberg, bislang noch nicht

auseinandersetzen muss. „Trotzdem wollen wir ein Zeichen setzen, und werden zusätzlich ab 2012 den Lohn unserer Azubis anheben.“

Letzteres wird sich nicht jeder Betrieb leisten können, das ist auch Beckers bewusst: „Es geht uns zunächst darum, bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen.“ Die IHK will die Unternehmen dazu animieren, „mit noch mehr Herzblut in die Ausbildung zu investieren, um attraktiver für junge Menschen zu werden“. Konkret bedeutet das unter anderem, Offenheit, Anerkennung und gegenseitigen Respekt dem Auszubildenden vorzuleben, zeitliche



„Wir machen mit“: Marco Steinberg (vorne) und Hans Joachim Beckers. Foto Hornung

Belastungen gemeinsam abzustimmen sowie einen Mitarbeiter als Paten einzuteilen. „Umfragen bestätigen, dass der finanzielle Aspekt nicht der Entscheidende ist“, sagt Beckers. „Die Auszubildenden wollen sich wohlfühlen.“

Von einem „tollen Arbeitsklima“ berichtet Olivia von Randow, Azubi-Sprecherin im Atlantic Hotel. „Bei uns werden die einzelnen Grundsätze schon lange prima umgesetzt“, sagt die 23-Jährige. Wichtig sei es auch, ergänzt Marco Steinberg, die Mitarbeiter kontinuierlich für die Ausbildung zu qualifizieren. Beckers nickt zustimmend. Er glaubt an die Initiative.